

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0 2 5 1 / 2 0 2 2 / I V

Datum:
19.12.2022

Federführung:
Dezernat II, Stadtplanungsamt

Beteiligung:

Betreff:

**Vorgehen für verschiedene Planungsentwürfe
Stadtteilplätze**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 15. Februar 2023

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Stadtentwicklungs- und Bauausschuss	17.01.2023	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	09.02.2023	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss und der Gemeinderat nehmen die Information zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• keine	
Einnahmen:	
• keine	
Finanzierung:	
Folgekosten:	
• keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Die Entwicklung eines methodischen Verfahrens zur Aufwertung öffentlicher Plätze ist eine sinnhafte Aufgabe der Stadtgestaltung, die jedoch nicht Gegenstand der beschlossenen Zielvereinbarung zum Teilhaushalt Stadtplanungsamt ist. Aufgrund fehlender Ressourcen sind bereits die beschlossenen Maßnahmen derzeit nicht vollständig umsetzbar.

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 17.01.2023

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 17.01.2023

4.1 Vorgehen für verschiedene Planungsentwürfe Stadtteilplätze Informationsvorlage 0251/2022/IV

Nach einer kurzen thematischen Einführung erteilt Erster Bürgermeister Odszuck folgenden Gremienmitgliedern das Wort:

Stadträtin Stolz, Stadträtin Dr. Schenk, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadtrat Michelsburg, Stadtrat Steinbrenner, Stadträtin Prof. Dr. Marmé, Stadtrat Zieger, Stadträtin Marggraf, Stadträtin Prof. Dr. Schuster

Die zu Wort gekommenen Gremienmitglieder betonen einvernehmlich, dass das Thema der Aufwertung öffentlicher Stadtteilplätze ein Wichtiges ist, dass zukünftig eine höhere Priorität genießen müsse. Dazu bedürfe es einer besseren Personalausstattung, um hochwertige Planungskonzepte einschließlich der Einbindung von Stadtteilinitiativen und Bürgerschaft erstellen zu können.

- Sollte die Verwaltung wie dargestellt, personell nicht in der Lage sein, Stadtteilplatzplanungskonzepte selbst erstellen zu können, wäre das Aktionsbündnis „Schöner Wil-li“ dazu bereit, ein solches Konzept für den Wilhelmsplatz zu erstellen.
- Anträge für die Haushaltsberatungen werden angekündigt.
- Die Verwaltung solle einen konstruktiven Vorschlag machen, wie mit Stellenvakanzen und dem Stellenbedarf umgegangen werden solle. Es solle eine Handlungsstrategie entwickelt werden, wie das Vorgehen mit der Gestaltung von Stadtteilplätzen geplant sei. Diese solle auch einen belastbaren Haushaltsansatz enthalten.
- Werkverträge und die Möglichkeit, Mitarbeitende flexibel, auch zweitweise überplanmäßig einzusetzen werden angesprochen.
- Nicht nur Plätze aus den 1950er Jahren hätten Neuplanungsbedarf, sondern auch aktuelle Plätze wie der Gadamer Platz und der Paradeplatz.
- Man halte aus ökologischen Gründen die Umplanung vieler Stadtteilplätze für erforderlich.
- Die konzeptionelle Aufstellung solle von der Verwaltung und nicht von Stadtteilinitiativen gesteuert werden, da es einer stadtübergreifenden Konzeption bedürfe.

- Es werde der Bedarf im Umfang von zwei neuen, unbefristete Vollzeitstellen gesehen.
- Man bitte Ersten Bürgermeister Odszuck darum, den Wunsch an Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner heranzutragen, im Haushaltsentwurf zu berücksichtigen, was notwendig sei, um das im Antrag formulierte politische Ziel zu erfüllen.
- Mögliche Spielräume bei der Stellenbewertung sollten ausgeschöpft werden.

Erster Bürgermeister Odszuck bedankt sich für das große Interesse an der Thematik und das Verständnis für die aktuell angespannte Personalsituation. Er geht kurz auf die angesprochenen Möglichkeiten ein. Er sagt zu, den Wunsch nach Berücksichtigung des Bedarfs im Haushaltsentwurfs mitzunehmen.

Zusammenfassung der Information (Arbeitsauftrag fett markiert):

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

Außerdem ergeht folgender Arbeitsauftrag:

Der Bedarf für die Prüfung, Überplanung und Umsetzung der Plätze in Heidelberg soll im kommenden Haushaltsplanentwurf berücksichtigt sein.

gezeichnet
Jürgen Odszuck
Erster Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Gemeinderates vom 09.02.2023

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 09.02.2023

23.1 Vorgehen für verschiedene Planungsentwürfe Stadteilplätze Informationsvorlage 0251/2022/IV

Erster Bürgermeister Odszuck weist auf den *Arbeitsauftrag* aus der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 17.01.2023 hin:

Der Bedarf für die Prüfung, Überplanung und Umsetzung der Plätze in Heidelberg soll im kommenden Haushaltsplanentwurf berücksichtigt sein.

Da es keinen Aussprachebedarf gibt, nehmen die Mitglieder des Gemeinderates die Informationsvorlage mit der Maßgabe des Arbeitsauftrages zur Kenntnis.

gezeichnet
Jürgen Odszuck
Erster Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Begründung:

Der Antrag der Fraktionen FDP und DIE LINKE verfolgt die Aufwertung von wichtigen Plätzen in den Stadtteilen. Hierfür soll die Verwaltung ein Verfahren entwickeln. Bei der Formulierung der Planungsziele und der Bewertung von verschiedenen Entwürfen sollen Stadtteilinitiativen, Bezirksbeirat und Stadtteilverein aktiv und frühzeitig eingebunden werden. Beispielhaft soll dies in der Weststadt mit dem Wilhelmsplatz ein erstes Mal im Jahr 2023 durchgeführt werden. Weitere Stadtteilplätze können folgen.

Der Antrag bringt den Wunsch der Bürgerschaft nach einem qualitativ gestaltetem öffentlichen Raum zum Ausdruck. Die Entstehung von öffentlichen Plätzen erfolgt im Zuge der Entwicklung neuer Baugebiete – so wie in den letzten Jahren in der Bahnstadt oder der Südstadt. Sie sind selbstverständlicher Teil eines komplexen Planungs- und Realisierungsprozesses, um die im Antrag aufgeführten funktionalen und ästhetischen Qualitäten zu erreichen. Ein Aufwertungsbedarf besteht demgegenüber vor allem bei Plätzen aus den 1950er bis 1990er Jahren. Um diesen Bedarf in den Bestandsgebieten zu ermitteln ist es notwendig, sie zu reflektieren, fachlich zu bewerten und darzustellen. Eine solche Untersuchung könnte dann als Diskussionsgrundlage für die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen dienen. Der Fokus sollte dabei auf den Plätzen mit einer großen Öffentlichkeitswirksamkeit und einem hohen Aufenthaltspotential liegen. Kürzlich realisierte Platzgestaltungen sollten außer Betracht bleiben.

Zu entscheiden wäre im Anschluss an Analyse, fachliche Bewertung und Bürgerdiskussion, in welchem Umfang eine Aufwertung der jeweiligen Plätze verfolgt werden soll und über die dafür notwendige Finanzierung. Zu unterscheiden sind einfache, schnell umsetzbare Maßnahmen und grundlegende Neugestaltungen. Erstere bedürften der Reaktivierung der Projektgruppe Öffentlicher Raum. Diese ist jedoch nur bei einer entsprechenden Personalausstattung im Stadtplanungsamt und in den bauausführenden Ämtern wie dem Tiefbauamt und dem Landschaftsamt möglich, da diese Aufwertungsprojekte zusätzlich zu den in den Zielvereinbarungen bereits verankerten Projekten bearbeitet werden müssen. Würde hingegen eine grundlegende Neugestaltung angestrebt, reihten sich diese Projekte in die stadtweite Prioritätenbildung bei Baumaßnahmen und in die Zielvereinbarungen der betreffenden Ämter ein. Entsprechend dieser Priorisierung wären Mittel in kommende Haushalte einzustellen.

Mit Schreiben vom 1. Juli 2022 hat Herr Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner auf die angespannte Personalsituation in der Abteilung Stadtgestaltung im Stadtplanungsamt hingewiesen (siehe Anlage 1). Die dort aufgezeigten Personalengpässe bestehen weiterhin. Der Abteilungsleiterin fehlen derzeit zwei von drei Mitarbeitenden. Eine Stelle konnte dabei auch in der dritten Ausschreibungsrunde nicht besetzt werden und ist somit bereits seit längerer Zeit vakant.

Dabei stellt die konzeptionelle Aufwertung von Plätzen mit der Einbindung von Stadtteilinitiativen und Bürgerschaft Anforderungen, deren Bearbeitung in der angedachten Zeitschiene auch bei einer vollständigen Besetzung aller vorhandenen Stellen nur mit einer personellen Aufstockung geleistet werden kann. Dies gilt auch für das bereits durch die Bürgerschaft angestoßene Pilotprojekt Wilhelmplatz. Sollte dies weiterverfolgt werden, müssten entsprechende Ressourcen in den zukünftigen Haushalten berücksichtigt werden.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes /der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: + / -
(Codierung) berührt Ziel/e:

Begründung:

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Es sind keine Ziele betroffen.

gezeichnet
Jürgen Odszuck

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Schreiben von Herrn Oberbürgermeister vom 1. Juli 2022